

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 79. Ratssitzung vom 11. Dezember 2019

2020. 2019/388

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudgets)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2020 werden genehmigt.
b) Die Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2020 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 22 141 400.– nach erfolgter Lohnrunde 2020 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2020 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2020 mit zwei Produktegruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2020, Vorlage des Stadtrats vom 18.09.2019
- Produktegruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 18.09.2019
- Novemberbrief vom 06.11.2019
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 02.12.2019
- Anträge der RPK vom 02.12.2019, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

2 / 40

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2009/2019–2014/2019)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/386, Beschluss-Nr. 2008/2019.

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): Die Minderheit beantragt beim tabellarischen Antrag 001. 29 Kürzungen um je ein Prozent. Wenn wir von einem Prozent sprechen, bedeutet dies de facto zwei Prozent, weil bei der Umsetzung immer pro Halbjahr gerechnet wird. Umgesetzt werden soll diese Kürzung durch die Ausnützung der natürlichen Fluktuation, es soll niemand entlassen oder zu einem reduzierten Pensum gezwungen werden. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen sogar, ihre Pensen zu reduzieren, deshalb ist das ein mitarbeiterfreundlicher Vorstoss. Wenn Stellen neu besetzt werden, sollen zudem nicht nur Vollzeit-, sondern auch Teilzeit-Stellen geschaffen werden. Die Gesamtsumme der Lohnkosten soll so reduziert werden. Wenn die Fluktuation aufgrund von Pensionierungen stattfindet, verlassen Personen mit hohen Löhnen ihre Stellen. Bei der Neubesetzung solcher Stellen kann ein so genannter Rotationsgewinn gemacht werden, was in einigen Departementen durchaus ins Gewicht fallen kann. Die Polizei und den öffentlichen Verkehr haben wir vom Kürzungsantrag ausgegliedert. Dort müssen eher mehr Stellen geschaffen werden.

Dorothea Frei (SP): Die Argumentation überrascht. Rotationsgewinn, frühzeitige Pensionierungen, Reduktion von Pensen – zum Teil hat die Minderheit dazu zum Teil gar keine Fragen gestellt. Ich glaube nicht, dass es am Gemeinderat ist, solche Entscheide mit zu unterstützen. Wir finden die Stellen, die bei der Organisation und Informatik (OIZ) geschaffen werden, wichtig und richtig. Sie sind auch gut begründet. Ich möchte zwei Beispiele herausheben: Auf der einen Seite bezüglich des entsprechenden Kontos im Departementssekretariat des Schul- und Sportdepartements. Im Novemberbrief wurden bereits vier Stellen in das Schulamt verschoben. Trotzdem gibt es dort nochmals eine Kürzung von über 63 000 Franken. Auf der anderen Seite wurden zur Schul- und Büromaterialverwaltung keine einzige Frage gestellt. Das ist eine der Kürzungen, von der ihr gar nicht wisst, was sie bewirken wird. Die Schul- und Büromaterialverwaltung ist eine Dienstabteilung, die seit Jahren stabil ist und selten neue Stellen braucht. Wir sehen nicht ein, warum ausgerechnet hier Stellen gestrichen oder Gelder reduziert werden sollen.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP hat eine gewisse Sympathie für diesen Antrag. Wir wollen das Stellenwachstum eindämmen. In diesem Fall können wir jedoch dem Antrag aus zwei wesentlichen Gründen nicht zustimmen. In erster Linie wollen wir das technisch auf eine andere Art versuchen. Wir haben einen Pauschalantrag gestellt, mit dem wir das Personalwachstum primär auf Stufe der Führungspositionen eindämmen wollen. In diesem Antrag hat es ein paar Stellen, bei denen wir eine Kürzung definitiv nicht einsehen, so beispielsweise beim Schulamt. Die Begründung – inklusive der Förderung von Teilzeitmodellen – finden wir grundsätzlich sehr unterstützungswert, aber technisch können wir dem Antrag nicht zustimmen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2020 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		6 027 600		Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Reduktion um 1 %; Nutzung Fluktuation und Rotationsgewinn sowie Förderung von Teilzeit und Reduzierung Pensum; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	13 789 300	0	137 900	13 651 400
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitspl.	3 179 000	0	31 800	3 147 200
2052	Optimaler Berufseinstieg	1 505 000	0	15 100	1 489 900
2080	Organisation und Informatik	52 462 200	0	524 600	51 937 600
2500	SID Departementssekretariat	2 318 000	0	23 200	2 294 800
2555	Dienstabteilung Verkehr	10 423 400	170 200	105 900	10 487 700
3000	GUD Departementssekretariat	3 931 500	0	39 300	3 892 200
3010	Städtische Gesundheitsdienste	19 702 700	106 400	198 100	19 611 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	16 840 700	0	168 400	16 672 300
3500	TED Departementssekretariat	1 506 100	0	15 100	1 491 000
3515	Tiefbauamt	31 894 900	263 800	321 600	31 837 100
4000	HBD Departementssekretariat	4 136 200	0	41 400	4 094 800
4015	Amt für Städtebau	12 553 400	0	125 500	12 427 900

4020	Amt für Hochbauten	18 064 800	0	180 600	17 884 200
4035	Amt für Baubewilligungen	8 413 600	0	84 100	8 329 500
4040	Immobilien Stadt Zürich	34 531 900	0	345 300	34 186 600
4500	DIB Departementssekretariat	2 482 200	146 800	26 300	2 602 700
5000	SSD Departementssekretariat	6 576 500	- 224 000	63 500	6 289 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	3 063 600	0	30 600	3 033 000
5010	Schulamt	197 809 400	4 647 100	2 024 600	200 431 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	4 005 000	0	40 100	3 964 900
5050	Schulgesundheitsdienste	16 233 400	0	162 300	16 071 100
5063	Fachschule Viventa	5 002 400	0	50 000	4 952 400
5500	SD Departementssekretariat	5 148 200	0	51 500	5 096 700
5510	Support Sozialdepartement	15 423 200	0	154 200	15 269 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	12 177 800	0	121 800	12 056 000
5520	Laufbahnzentrum	9 580 200	102 100	96 800	9 585 500
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	10 324 600	0	103 200	10 221 400
5550	Soziale Dienste	74 477 000	0	744 800	73 732 200
	Total	597 556 200	5 212 400	6 027 600	596 741 000

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Susanne Brunner (SVP): Die Stadt Zürich ist kein Think Tank, sondern eine Verwaltung, die sich auf die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung ausrichten soll. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass keine unnötigen Studien in Auftrag gegeben werden, wie beispielsweise in der Stadtentwicklung «Handel im Wandel» oder die Studie zum Nannymarkt in der Stadt Zürich. Bei der Fachstelle für Gleichstellung halten wir an der Kürzung fest. Die Lohnuntersuchungen, die dort durchgeführt werden, machen mich stutzig. Bei der Pilot-Stichprobe handelten von den 20 untersuchten Unternehmen 95 Prozent korrekt. Daraus könnte man doch schliessen, im Folgejahr auf eine solche Lohnuntersuchung zu verzichten und Vertrauen in die Wirtschaft zu haben. In unseren Augen können wir es nicht gelten lassen, dass das gebundene Kosten sind. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für solche Lohnkontrollen bei Unternehmen.

Shaibal Roy (GLP): Zurecht wurden Forderungen nach vermehrter Digitalisierung und Effizienzgewinnen gemacht. Leider haben wir in den Budgetlesungen feststellen müssen, dass bei diesen mit Digitalisierung titulierten Cases in den meisten Fällen weder ein Business-Case dahintersteht, noch konnte ein Mehrwert wie beispielsweise ein Effizienzgewinn in den Prozessen nachgewiesen werden. Deshalb haben wir entschieden, bei sämtlichen substanziellen Erhöhungen – wir sprechen von allen Konti

mit über 20 000 Franken Erhöhung –, deren Mehrwert für uns unklar ist, 50 Prozent dieser Erhöhung zu streichen. Damit haben wir einen anderen Ansatz gewählt als jenen im Antrag der SVP. Wir wollen gezielt ausschliesslich dort kürzen, wo wir einerseits das Gefühl haben, dass weder ein Business-Case noch ein Effizienzgewinn ausgewiesen ist und wo andererseits eine Erhöhung beantragt wurde.

Dorothea Frei (SP): Die Mehrheit lehnt beide Tabellenanträge ab. Susanne Brunner (SVP), ich bin erstaunt, dass die Studie «Handel im Wandel» ausgerechnet bei der Präsidentin des Gewerbevereins so schlecht ankommt. Der Gewerbeverein hat viel positives Feedback auf diese Studie gegeben. Bezüglich der Stichprobe der Fachstelle für Gleichstellung zur Lohngleichheit verweise ich auf den Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung, der gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Es gibt einen Stadtratsbeschluss dazu, es sind gebundene Ausgaben, die nicht gekürzt werden können. Noch mehr erstaunt mich bei der SVP der Kürzungsantrag bei der Stabstelle Projektstab Stadtrat PRD. Wir hatten eine Weisung 2018/418 zur Rad-WM 2024 in Zürich, die wir vorgezogen haben. Dort gab es einen gleichlautenden Kommissionsantrag, Referent war Roger Bartholdi (SVP). Die Weisung wurde überwiesen. Die externe Beratung, die für die Vorbereitung der Rad-WM notwendig ist, läuft unter genau diesem Konto. Beim Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) wurde vorsorglich Geld eingestellt, um die Altersstrategie umzusetzen. Über die Altersstrategie haben wir uns einen ganzen Abend unterhalten. Es ist richtig, dass wir diese auch umsetzen. Zur Fachschule Viventa wurden keine Fragen gestellt.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2020 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Florian Utz (SP)
		4 768 600		Minderheit 1	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Severin Pflüger (FDP)
		5 057 400		Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung: SVP/FDP: Reduktion um 50 %; Stadt ist kein Think Thank. Verzicht auf unnötige Studien zu gesellschafts- und wirtschaftspolitischen sowie ökologischen Fragestellungen; GLP: Reduzierte Erhöhung um 50 % gegenüber Budget 2019 für externe Beratungsdienstleistungen bei unklarem Mehrwert für Stadt und Bevölkerung, vermehrt intern erbringen durch Effizienzgewinn; Budgetkürzungen gemäss nachfolgenden Tabellen			

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					SVP/FDP
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1500	PRD Departementssekretariat	100 000	0	50 000	50 000
1505	Stadtentwicklung	385 000	0	192 500	192 500
1506	Fachstelle für Gleichstellung	44 000	0	22 000	22 000
1510	Kultur	229 400	0	114 700	114 700
1530	Bevölkerungsamt	100 000	0	50 000	50 000
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im PRD	63 500	50 000	56 800	56 700
1575	Statistik Stadt Zürich	70 000	0	35 000	35 000
2050	Human Resources Management	1 581 000	0	790 500	790 500
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitspl.	50 000	0	25 000	25 000
2500	SID Departementssekretariat	92 000	0	46 000	46 000
3000	GUD Departementssekretariat	1 790 000	0	895 000	895 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	603 900	0	302 000	301 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	3 209 000	0	1 604 500	1 604 500
4500	DIB Departementssekretariat	285 000	0	142 500	142 500
5000	SSD Departementssekretariat	206 500	0	103 300	103 200
5063	Fachschule Viventa	38 400	0	19 200	19 200
5500	SD Departementssekretariat	639 200	0	319 600	319 600
	Total	9 486 900	50 000	4 768 600	4 768 300

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					GLP
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1510	Kultur	229 400	0	49 000	180 400
1530	Bevölkerungsamt	100 000	0	10 000	90 000
1561	Projektstab Stadtrat	63 500	50 000	10 000	103 500
2015	Finanzverwaltung	529 500	0	80 300	449 200
2035	Gastronomie	234 500	0	54 800	179 700
2050	Human Resources Management	1 581 000	0	550 300	1 030 700
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitspl.	50 000	0	10 000	40 000
2080	Organisation und Informatik	33 811 100	0	1 598 700	32 212 400
2520	Stadtpolizei	3 075 700	0	23 500	3 052 200
2525	Stadtrichteramt	660 000	0	82 000	578 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	1 790 000	0	565 000	1 225 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	3 209 000	0	228 000	2 981 000
3500	TED Departementssekretariat	147 300	0	48 700	98 600
3550	Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall	2 367 600	0	32 100	2 335 500
3555	Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme	514 500	0	42 500	472 000
3560	Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	209 500	0	14 000	195 500
4500	DIB Departementssekretariat	285 000	0	41 500	243 500
4540	Verkehrsbetriebe	2 973 500	0	186 500	2 787 000
5010	Schulamt	1 264 700	0	19 400	1 245 300
5050	Schulgesundheitsdienste	32 600	0	11 000	21 600

7 / 40

5500	SD Departementssekretariat	639 200	0	22 300	616 900
5520	Laufbahnzentrum	56 000	0	11 200	44 800
	Total	53 823 600	50 000	3 690 800	50 182 800
Anträge zu Globalbudgets: Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo Saldokürzung auf dem Konto 3132 00 000					
3525	Geomatik + Vermessung, Saldo	2 432 300	0	33 500	2 398 800
3570	Grün Stadt Zürich, Saldo	73 696 600	0	442 000	73 254 600
4530	Elektrizitätswerk, PG 1	22 966 500	0	862 400	22 104 100
5070	Sportamt, Saldo	74 556 300	0	28 700	74 527 600
	Total	173 651 700	0	1 366 600	172 285 100
Total inklusive Globalbudgets					
		227 475 300	50 000	5 057 400	222 467 900

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (gemäss Budgetentwurf 2020)		67 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-4 768 600)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-5 057 400)	<u>18 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andreas Kirstein (AL): Bei diesem Antrag geht es um ein Fest für den Gemeinderat. Wenn der Gemeinderat ein Fest feiern möchte, muss er das selbst bezahlen und nicht beim Stadtrat Geld einstellen, um dann vom Stadtrat eingeladen zu werden. Wir würden es natürlich begrüßen, wenn uns der Stadtrat das Muraltengut für das Fest zur Verfügung stellen würde. Aber im schlimmsten Fall könnten wir auch ganz darauf verzichten.

Dorothea Frei (SP): Dieses Fest hat eine lange Tradition. Die Parlamentsdienste haben weder die Kapazität noch das Knowhow, um ein solches Fest zu organisieren. Das

8 / 40

Knowhow dafür liegt beim Präsidialdepartement, das auch den Zugang zum Muraltengut hat. Wir sind für die Beibehaltung der bisherigen Praxis. Das Präsidialdepartement soll dieses Fest organisieren und der Stadtrat soll uns einladen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Technisch gesehen hat der Sprecher der AL vollkommen recht. Wenn der Gemeinderat ein Fest durchführen will, muss er das auch finanzieren. Die Kosten auf den Stadtrat abwälzen zu wollen, ist ein Unding.*

Severin Pflüger (FDP): *Unsere Fraktion ist so jung, dass die meisten noch gar nie an einem solchen Fest war. Von denen, die schon einmal dabei waren, ist die Hälfte für eine erneute Ausrichtung und die andere Hälfte dagegen. Wir sind zum folgenden salomonischen Entscheid gekommen: Sollte in diesem Gemeinderat jemals wieder eine Mehrheit für eine Steuersenkung bestehen, hätte der Gemeinderat ein solches Fest verdient und wir wären dafür.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corinne Mauch: *Früher hat der Stadtrat den Gemeinderat jeweils zweimal pro Legislatur zu einem solchen Fest eingeladen, dies wurde dann auf einmal am Anfang der Legislatur reduziert. Der Gemeinderat hat irgendwann sehenden Auges die Mittel für dieses Fest aus dem Budget gestrichen. Wir vom Stadtrat haben immer gesagt, wir würden den Gemeinderat sehr gerne wieder zu einem solchen Fest einladen, was jetzt der Fall ist.*

S. 95	10 1005 3130 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat			80 000	55 800 Mehrheit 135 800 Minderheit Abwesend	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shai-bal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Walter Angst (AL) Referent Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Reserve für die mögliche Durchführung eines Gemeinderatsfestes, das vom Gemeinderat geplant werden soll			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 10 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 004.

Kommissionsreferent:

Felix Moser (Grüne): *Es geht um einen gleichlautenden Antrag der Rechnungsprüfungskommission (RPK), konkret um Digitalisierung und um die Sekretariatsstelle der RPK. Es geht um die Fahnen, die Sie in der Hand halten, die sehr mühsam zu erstellen sind. Die IT-Tools dafür müssen aktualisiert werden, die Organisation und Informatik (OIZ) hat für 41 000 Franken offeriert. Wenn es so umgesetzt wird, wie von der OIZ offeriert und von der IT-Kommission des Gemeinderats geprüft und für gut befunden, können wir die Fahnen in Zukunft viel schneller – vielleicht sogar auf Knopfdruck – erstellen. Möglicherweise braucht die RPK darum dann auch keine Stellenerhöhung für das Sekretariat.*

S. 95	10 1005 3910 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Interne Verrechnung von Dienstleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat			41 000	106 300 110 000 N 257 300	Zustimmung
					Abwesend	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: Integration des «Fahmentools zum Budgetantrag» ins RPK-Tool

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

10 / 40

Antrag 005.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dorothea Frei (SP): Es handelt sich hier um einen neuen Antrag der Finanzkontrolle, die um die Anschaffung und Installation eines Whistleblower-Tools gebeten hat. Die Finanzkontrolle ist in der Stadt Zürich für die Meldungen von Whistleblowern zuständig. Das gewünschte Tool wurde der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vorgestellt, die GPK hat es als gut befunden. Das Tool wird bereits vom Bund und der Stadt Winterthur benutzt, beide haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Die Whistleblowing-Meldungen kommen absolut anonym herein und können auch nicht zurückverfolgt werden. Dies ist auch für die Stadt Zürich wichtig, weshalb die Mehrheit der GPK den Kauf dieses Tools befürwortet.

Roger Bartholdi (SVP): Sinn und Zweck sehen wir selbstverständlich ein. Wir sind aber gegenüber diesem Tool kritisch eingestellt. Die Ombudsfrau kann mit verschiedenen Vorgehen kontaktiert werden – telefonisch oder elektronisch. Aus unserer Sicht wird deshalb kein neues Tool benötigt. Ein städtischer Angestellter hinterlässt bei der IT Spuren, bevor er das Tool nutzt. Darum ist die Gefahr gross, dass das Tool gar nicht genutzt würde. Aus unserer Sicht muss es niederschwellig sein und die Anonymität muss gewährleistet sein. Eine Lösung wie bei der Ombudsfrau ist aus unserer Sicht ausreichend.

S. 96	10 1007 3118 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Finanzkontrolle Anschaffung immaterielle Anlagen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
005.	Antrag Stadtrat				19 000	Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Roberto Bertozzi (SVP)
				25 000	44 000	Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
						Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Anschaffung und Installation eines Whistleblowing-Tools

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

11 / 40

Antrag 006.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Andreas Kirstein (AL): *Konsekutiv zum Antrag 003. ist es nur folgerichtig, dass es das Fest gar nicht mehr gibt.*

Dorothea Frei (SP): *Die Minderheit würde sich vom Stadtrat gerne zu diesem Fest einladen lassen.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Bartholdi (SVP): *Wir vertreten einen dritten Punkt: Weder der Gemeinde- noch der Stadtrat soll das Fest finanzieren. Wenn schon, muss es das Parlament selbst finanzieren, und zwar nicht von Steuergeldern. Wir sind nicht gegen das Fest per se, der Steuerzahler soll es aber nicht bezahlen, vor allem nicht 600 Franken pro Person. Der Betrag ist völlig überrissen.*

S. 100	10 1015 3130 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtrat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat				537 000 80 000 N	Minderheit Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			80 000		537 000	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Reserve für die mögliche Durchführung eines Gemeinderatsfestes, das vom Gemeinderat geplant werden soll			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 73 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 007.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): *Diesem Antrag hat die gesamte Rechnungsprüfungskommission (RPK) zugestimmt. Es geht um Lohnsummen von 30 000 Franken, die durch Rotationsgewinne bei Stellenneubesetzungen eingespart werden können.*

S. 104	10 1025 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Rechtskonsulent Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat		30 000		602 000 572 000	Zustimmung Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Abwesend Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Lohnsumme kann aufgrund von Rotationsgewinnen reduziert werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 008. und 009. (Postulat GR Nr. 2019/518).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP) *begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1966/2019): Die zur Diskussion stehende Lohnsumme haben wir aus allen geschaffenen Stellen auf Funktionsstufe 13 oder höher, oder die eine Führungsfunktion beinhalten, eruiert. Ausgenommen davon sind Pflege, Betreuung, Bildung, öV und Sicherheit. Wir stellen fest, dass mit dem Bevölkerungswachstum auch ein ungebremses Stellenwachstum in der Verwaltung stattfindet. Das entspricht definitiv nicht den Vorstellungen der Mehrheit dieses Antrags. Es existieren in der Verwaltung bereits unzählige Doppelspurigkeiten, die mit der Verwaltungsreform beseitigt werden müssten. Es sollten Querschnittsfunktionen gebildet werden, die über alle Dienstabteilungen und Departemente sicherstellen, dass einheitliche und effiziente Prozesse implementiert und eingehalten werden. Dies findet heute leider nicht statt. Leider geht es auch mit der Verwaltungsreform nicht so vorwärts, wie man sich das wünschte. Der Stadtrat widmet sich ihr nur schleppend. Es wurde eine externe Stelle*

beauftragt. In der Zwischenzeit wollen wir dem schleichenden Teamwachstum Einhalt gebieten und gleichzeitig fordern, dass erst wieder mit neuen Stellen, Funktionen und Teams vorangeschritten wird, wenn klar ist, wie die Verwaltungsreform umgesetzt werden soll. Erst dann sind wir bereit, wieder Stellen auf Führungsstufe und neue Teams zu bewilligen.

Dorothea Frei (SP): *Die Minderheit lehnt diese Kürzung ab. Der Bericht der externen Stelle soll bis im Sommer vorliegen. Bis die Reorganisation durchgeführt ist, geht es relativ lange. Wir finden, die Stadt muss in dieser Zeit funktionsfähig bleiben und soll sich so verhalten, wie sie dies für richtig befindet. Wir halten es für den falschen Ansatz, jetzt die Kaderstellen reduzieren oder nicht mehr besetzen zu wollen, bis die Reorganisation klar ist. Wir lehnen darum sowohl das Postulat wie auch den Antrag ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir lehnen die Entgegennahme dieses Postulats ab, weil es viel zu schematisch ist. Es wird der Dynamik der Stadtverwaltung nicht gerecht. Sie können auch die Privatwirtschaft fragen: Bei vielen Projekten wird gestaunt, wie schnell, flexibel und mit wieviel Knowhow die Stadtverwaltung unterwegs ist. Ein generelles Ausschliessen der Funktionsstufe 13 wird der Sache auch insofern nicht gerecht, als man mit Funktionsstufe 13 oder 14 nicht zwingend grosse Abteilungen leitet. Das können auch Fachspezialistinnen und Fachspezialisten sein, Gesamtprojektleitungen, die nicht viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiten. Hinzu kommt: Der Gemeinderat wird sowieso nie zufrieden sein. Egal was wir nächsten Sommer vorlegen, es wird Jahre dauern, bis Sie zufrieden sind. Selbst nach Abschluss der Verwaltungsreorganisation werden Sie immer noch finden, die Stadtverwaltung sei zu wenig entwickelt. Wenn Sie den Eindruck haben, dass wir uns dem nur zögerlich widmen, liegen Sie falsch. Wir packen laufend an und optimieren. Lehnen Sie deshalb dieses Postulat bitte ab, es behindert die Stadt eher, als dass es eine positive Entwicklung begünstigen würde.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Wir stimmen dem Vorstoss und dem Antrag zu. Ich möchte aber ein grosses «Aber» setzen. Der Finanzvorsteher kann gelassen sein. Auch bei einer Überweisung des Postulats wird er genügend Zeit haben, denn es ist für 2020 nicht budgetrelevant. Der Antrag ist hingegen sofort budgetrelevant.*

Walter Angst (AL): *Shaibal Roy (GLP), du hast versucht, eine Art Durchsetzungspostulat zu konstruieren, um bei konkreten Fragen – wie beispielsweise bei der Koordination der Klimavorstösse – keine Stellung beziehen zu müssen. Das Mindeste wäre, zu sagen, welche Stellen nicht gewollt sind. Wir halten euer Vorgehen nicht für zielführend. Wenn überhaupt, müsste der Rat gemeinsam hinstehen und sagen, wir wollen das im Postulat formulierte jetzt umsetzen. Wenn wir das gemeinsam wollen, kommt das auch. So müssten nicht Umwege gefahren werden, die sicher nicht zu einer Verwaltungsreform innert nützlicher Frist führen. Deshalb stimmen wir zweimal Nein.*

Shaibal Roy (GLP): Wir machen bewusst einen Pauschalantrag, von dem wir explizit die Pflege, Betreuung, Bildung, öV und Sicherheit ausgeschlossen haben. Die Handlungsfähigkeit ist dort nach wie vor gegeben. Wir haben das nicht mit einem tabellarischen Antrag gemacht, bei dem wir einzelne Stellen herausstreichen, weil wir dem Stadtrat eine Handlungsfähigkeit geben wollen. Wir sagen nicht, dass gar keine Stellen mehr für wichtige Funktionen mehr geschaffen werden sollen. Mit diesem Antrag sagen wir, der Stadtrat soll selbst entscheiden, wo er es als wichtig und richtig erachtet. Es soll vermieden werden, dass neue Strukturen geschaffen werden, die in den Departementen heute schon zu Doppelspurigkeiten führen und die sich potenziell auf die Verwaltungsreform auswirken, weil diese Stellen dann irgendwo anders alloziert werden müssen. Eine einmal geschaffene Struktur kann nach dem Personalrecht der Stadt Zürich fast nicht mehr abgebaut werden.

S. 108	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3010 00 203	Pauschalabzug nicht besetzte Stellen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
008.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit
			1 769 400		-1 769 400 Mehrheit
					Abwesend
			Begründung:	Keine neuen Kaderstellen in Verwaltung bis Klarheit bezüglich Reorganisation	

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): Im vorliegenden Antrag handelt es sich gewissermassen um eine Kompensationszahlung in Form einer Einmalzulage. Kompensiert werden soll der Ausfall von so genannten Fringe Benefits, also nicht-pekuniäre Lohnbestandteile wie beispielsweise Lunch-Checks oder Mobilitätsgutscheine. 2018 kündigte der Finanzvorsteher im Rahmen des Budgets an, dass das städtische Personal ab 2020 Fringe Benefits im Bereich Mobilität bekommen soll. Dafür hat der Stadtrat im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 9,9 Millionen Franken eingestellt. Die Umsetzung hat sich aus

rechtlichen Gründen verzögert. Deshalb können diese Zusatzleistungen für das Personal 2020 noch nicht ausbezahlt werden. Die antragstellenden Fraktionen sind jedoch der Meinung, dass sich das Personal auf diese Leistungen eingestellt hat und diese erwarten durfte. Sie erachten es deshalb als angemessen, dass zumindest ein Teil davon in Form einer Einmalzulage von total 3 Millionen ausbezahlt werden. Die Zulage soll nach Anstellungsgrad abgestuft sein, aber für alle Funktionsstufen gleich. Wir hoffen, dass die Weisung für die definitive Lösung der Fringe Benefits nächstes Jahr tatsächlich kommt. Wir bitten Sie deshalb diesem Antrag zustimmen, der aus unserer Sicht mit den 3 statt 9,9 Millionen einen gangbaren Kompromiss darstellt.

Roger Bartholdi (SVP): Die Minderheit lehnt den Antrag ab. Es ist zwar sympathisch, ein nicht umgesetztes Versprechen zu kompensieren. Aber die Auszahlung freiwilliger Fringe Benefits steht quer in der Landschaft, das ist absolut unüblich. Das ist, wie wenn nicht ausbezahlte Spesen mittels einer Einmalzahlung zu einem Lohnbestandteil würden. Es ist ein falsches Instrument. Darum ist dieser Antrag zwingend abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Ich möchte daran erinnern, warum die Stadt Zürich so wenig Fringe Benefits hat. Vor 10 Jahren wurde das SLS eingeführt, damit faire Löhne ausbezahlt werden. Die Löhne sollen fair sein über die verschiedenen Berufskategorien und Geschlechter hinweg, was die Arbeitsleistung anbelangt und sie sollen mit ähnlichen Tätigkeiten ausserhalb der Stadtverwaltung vergleichbar sein. Damals war man der Meinung, dass Fringe Benefits nichts mehr in diesem System verloren hätten, denn ein fairer Lohn müsse nicht mehr mit Fringe Benefits ergänzt werden. Die Stadt Zürich solle so gute Löhne bezahlen, dass die Leute hier arbeiten wollen. 2018 hat den Stadtrat einmal mehr eine gewisse Grosszügigkeit gepackt. Er knüpfte diese aber an Überlegungen der Nachhaltigkeit, an die Überlegung, wie städtische Angestellte dazu gebracht werden könnten, für den Arbeitsweg das Velo oder den öV zu nutzen. Da der Stadtrat sehr wenige Parkplätze für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stellt, gehe ich davon aus, dass die meisten ohnehin das Velo oder den öV benutzen. Aber der Stadtrat wollte mit den Fringe Benefits etwas verkehrs- und umweltpolitisches tun. Wenn man diese Fringe Benefits nun in Franken und unabhängig von einem Abonnement für den öV oder an einen Beitrag ans Velo ausbezahlt, hat sich dieses Instrument total sinnentleert. Ihr entfernt euch zweimal vom Grundsatz, dass die Stadt Zürich faire und vergleichbare Löhne bezahlen soll. Die müssen nicht durch irgendwelche Geschenke ergänzt werden.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP war bisher noch in der Enthaltung. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die neu eingeführten Fringe Benefits durchaus Sinn ergeben, insbesondere die Förderung der Nutzung des öV und des Velos. Aber wir sind definitiv nicht der Meinung, dass der Gemeinderat hier etwas antizipieren muss, wenn die entsprechende Grundlage im Personalrecht nicht rechtzeitig eingeführt werden kann. Nach dem Giesskannenprinzip und zweckungebunden einfach etwas auszuschütten, entspricht nicht der Idee der Fringe Benefits. Wir lehnen den Antrag darum ab.

Florian Utz (SP): Als Mit Antragstellerin unterstützen wir natürlich diesen Antrag. So richtig triftige Gründe für eine Ablehnung habe ich nicht gehört. Der Antrag nimmt ja die Fringe Benefits nicht total vorweg, der Antrag ist auf einen tieferen Betrag gestellt. Die Weisung wird vom Gemeinderat behandelt werden. Ich nehme an, die Chancen für eine Mehrheit für diese Weisung sind intakt. Die Verwaltungsangestellten haben in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet, deshalb sollen sie durch diese Einmalzahlung am Erfolg unserer Stadt teilhaben. Es ist eine moderate Einmalzahlung, es ergibt einen tiefen dreistelligen Betrag pro Person.

Duri Beer (SP): Ich möchte noch kurz aus der Sicht eines Gewerkschaftssekretärs ergänzen. Zur Erinnerung: Die Reka-Checks für die städtischen Angestellten wurden abgeschafft. Die Lunch-Checks waren in den letzten Jahren immer wieder Ziel von Sparvorschlägen. Bezüglich der fairen Löhne: Die Mitarbeiterbefragung 2017 hat aufgezeigt, dass viele städtische Angestellte sehr gerne und lange bei der Stadt Zürich arbeiten, aber dass die Stadt Zürich bezüglich der Lohnfrage etwas ins Hintertreffen geraten ist gegenüber dem Kanton, der beispielsweise mehr Lunch-Checks bietet. Wir stehen im Wettbewerb um die besten Fachleute. Ich hoffe, eine Mehrheit macht den Schritt, um diesen Rückstand aufzuholen und den städtischen Angestellten etwas zurückzugeben, das sie schon lange verdient haben.

S. 108	10 1060 3099 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat			3 000 000	1 150 000	Minderheit
				4 150 000	3 000 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Abwesend
			Begründung:	Auszahlung einer Einmalzahlung, da in Aussicht gestellte Fringe Benefits (Abo Zone 110, Beitrag Velo) 2020 noch nicht umgesetzt werden können. Abgestuft nach Beschäftigungsgrad		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

PRÄSIDIALDEPARTEMENTAntrag 011.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Die Stadtpräsidentin Corine Mauch und die Stabschefin Suzanne Näf benötigen offenbar eine Assistenzstabsstelle. Sie seien am Anschlag und bräuchten zusätzliches Personal für administrative Tätigkeiten. Wir haben durchaus Verständnis. Es ist natürlich nicht die Idee, dass eine Stabschefin Protokolle führen und Termine planen muss. Wir haben aber einen anderen Lösungsansatz für dieses Problem. Sie sollen sich weniger Aufgaben zuordnen. Wer weniger Protokolle führen will, soll kürzere und weniger Sitzungen abhalten. Wir sprechen ja viel von der Nexpo, das Projekt wurde uns in der Kommission vorgestellt. Wenn das Präsidialdepartement (PRD) Zeit hat, nebenbei eine neue Landesausstellung zu organisieren, erweckt es nicht den Eindruck, total am Limit seiner Zeit und Möglichkeiten zu sein. Deshalb sagen wir: «Less is more» und verzichten auf diese Assistenzstabsstelle.

Severin Pflüger (FDP): Die FDP wechselt zur Minderheit.

Weitere Wortmeldungen:

Dorothea Frei (SP): Protokollführung ist nicht eine optionale Angelegenheit, es gibt Vorschriften über die Verwaltungsführung, die die Protokollführung einschliessen. Es macht durchaus Sinn, dass diese 60%-Stelle geschaffen wird und wir bitten Sie deshalb, zuzustimmen.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP war auch hier in der Enthaltung und hat gespannt den Begründungen zugehört. Wir sind der Meinung, dass es diese Stelle bei der Stadtpräsidentin definitiv braucht, auch, um beispielsweise Stellvertretungen sicherzustellen. Es ist eine Teilzeitstelle, was wir ebenfalls unterstützungswürdig finden. Wir wechseln deshalb in die Mehrheit.

Stefan Urech (SVP): Dorothea Frei (SP) hat insinuiert, dass ich zum Weglassen der Protokollführung aufgerufen habe. Dies ist nicht der Fall. Ich habe vorgeschlagen, weniger Sitzungen und Termine abzuhalten und sich weniger Aufgaben zuzuschancen. Selbstverständlich müssen Protokolle der stattfindenden Sitzungen geführt werden.

Samuel Balsiger (SVP): Wenn ich das bei der Fraktionserklärung richtig verstanden habe, hat der GLP-Sprecher gesagt, dass sie gegen das Stellenwachstum sind. Jetzt sind sie offenbar wieder dafür – typisch GLP.

18 / 40

S. 116	15 1500 3010 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat				3 121 300 - 112 000 N	Mehrheit
			172 300		2 837 000	Minderheit
					Enthaltung Abwesend	Shaibal Roy (GLP) Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Keine neue Assistenzstabstelle Stadtpräsidentin			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 012. und 013. (Postulat GR Nr. 2019/509).

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1942/2019): *Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Die Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Alterspflege, Sicherheit und Bildung werden in den kommenden Jahren schnell ansteigen. Deshalb brauchen wir neue Wege. Durch die Digitalisierung können wir die Verwaltungsprozesse vernetzen. Durch Smart-Government können wir die Bürokratielasten von Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen verringern. Durch Open-Government kann die Gesellschaft an den Informationen von Verwaltung und Politik teilhaben. Die Universität St. Gallen hat zusammen mit dem Beratungsunternehmen PriceWaterhouseCoopers (PWC) einen Leitfaden dazu erstellt, wie Führungskräfte aus Politik und Verwaltung das Smart-Government in der Schweiz fördern können. Darin wird das enorme Potenzial von Smart-Government für die öffentliche Verwaltung und ihre Anspruchsgruppen ersichtlich. Ich kann Ihnen ein paar aufschlussreiche Beispiele nennen. Sie sehen ein Potenzial von 15–20 Prozent Einsparungen durch Prozesseffizienz. 30–40 Prozent Einsparungen wären durch tiefere Fehler- und Betrugsquoten möglich. Bei der Polizei könnte gar mit 8–10 Prozent weniger Todesfällen gerechnet werden. Bei der benutzerfreundlicheren und effektiveren Gestaltung öffentlicher Dienstleistungen und interner Prozesse sehen sie gar ein Potenzial von 50–60 Prozent an Zeitersparnis für Bevölkerung und Verwaltung und 120 Millionen jährliche Einsparungen für Unternehmen in der Schweiz. Das sind die Möglichkeiten. Die Stadt ist auf die Frage der FDP nach*

vereinfachten Prozessen in der Verwaltung gar nicht eingegangen. Auf die Frage, wie viele Stellen zukünftig eingespart werden könnten, war die Antwort, dass im Rahmen der Smart City-Strategie nicht vorgesehen sei, Stellen einzusparen. Dies hat die FDP mit der Rückweisung der Smart City-Strategie vorausgesehen. Die Stadt will gar nicht effizienter werden. Als die UBS Bankomaten eingeführt hat, hat sie viele Filialen geschlossen. Als Online-Banking eingeführt wurde, hat sie massiv Stellen eingespart. Warum sollte die Stadt Zürich dies nicht können? Die Stadt ist es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig, haushälterisch mit ihrem Geld umzugehen. Wir gehen beim Antrag 012. von der Mehrheit zur Minderheit 2. Die FDP fordert, einen klaren Nutzen aus den technologischen Möglichkeiten zu ziehen und einen Bericht über die Umsetzungsstrategie des Stadtrats.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen stellen den Antrag, die befristete Stelle für die Nexpo zu streichen und dem Gemeinderat zuerst eine Weisung über die Nexpo vorzulegen. Wir sind nicht gegen die Nexpo. In den letzten Jahren haben wir aber ein paar Anlässe in dieser Stadt erlebt, die wir nicht als besonders nachhaltig und unterstützenswürdig empfanden. Vor allem konnte der Gemeinderat jeweils nicht mitreden. Ein Beispiel dafür ist das Formel E-Rennen. Da konnten wir uns nur über das Budget äussern, der Rest wurde einfach organisiert. Ein grosser Teil der Bevölkerung und wir Grünen wollten dieses Rennen nicht und wir hätten gerne darüber eine Diskussion geführt. Im Nachhinein wurde klar, dass von den Versprechungen bezüglich der Nachhaltigkeit oder dem Schub für CO₂-freie Mobilität nicht viel übriggeblieben ist. Ein anderes Projekt ist die völlig zweckfreie ZKB-Seilbahn, die niemand braucht und die nur die Natur schädigt. Wir möchten darüber diskutieren, was aber nicht möglich ist. Vom «Züri Fäscht» will ich gar nicht reden, das war wirklich kein nachhaltiges Fest. Auf dem Sekretariat der Grünen Partei hatten wir noch nie so viele Telefone und E-Mails bekommen wie nach diesem Fest mit der Rückmeldung, dass es nicht so weitergehen könne mit der Eventitis in dieser Stadt. Jetzt kommt noch die Nexpo, über die es noch nicht viele Informationen gibt. Zehn Städte wollen sie gemeinsam organisieren. Wir haben die Präsentation bekommen, die auch in der Spezialkommission gezeigt wurde. Für Zürich ist dort die Street Parade abgebildet, die mit Menschen überfüllte Quaibrücke. Wir Grünen könnten uns mit einer wirklich nachhaltigen Expo vermutlich anfreunden. Aber im Moment wissen wir noch zu wenig, was geplant ist. Wir wollen sicher keinen kommerziellen Anlass, keine Menschenmassen, Bratwurst und Bierdosen; kein zweites «Züri Fäscht» und keine zweite Street Parade. Deshalb möchten wir zuerst im Gemeinderat über die Nexpo diskutieren, bevor wir weiteres Geld und weitere Stellen bewilligen. Die Stadt Zürich, insbesondere auch die Innenstadt, soll kein Freiraum für solche Anlässe sein, wir hatten in den letzten Jahren genug davon.

Alan David Sangines (SP): Wir sind mitten in der Nexpo-Diskussion. Deshalb ist es wichtig, zu wissen, was mit der Nexpo gemeint und geplant ist. Seit 1883 finden in der Schweiz immer wieder Landesausstellungen statt. Die letzte Expo hat 2002 stattgefunden und über 10 Millionen Besucherinnen und Besucher angezogen. Seither hat es viele gescheiterte Versuche gegeben. Im Jahr 2017 haben sich zehn Schweizer Städte darauf geeinigt, im Jahr 2023 eine Expo durchzuführen. Die Städte haben diesem Projekt den Namen Nexpo gegeben. Sie soll sich in verschiedener Hinsicht von

vergangenen Expos unterscheiden. Sie soll partizipativ sein und dezentral durchgeführt werden, also in allen Sprachregionen, in den Städten, Agglomerationen und auf dem Land. Die Nexpo soll auch die Frage nach dem Zusammenleben in der Schweiz im 21. Jahrhundert stellen, wo sich alle mit Identität, Rahmenbedingungen und der Zukunft der Schweiz auseinandersetzen sollen. Zudem soll sie gesellschaftliche und technologische Entwicklungen berücksichtigen und einen respektvollen Umgang mit den Ressourcen fördern, also vor allem aus städtisch-progressiver, aber auch aus grüner Sicht ein sehr interessantes Projekt. Um dieses Ziel weiterzuverfolgen, haben die zehn Städte 2018 darum den Verein Nexpo gegründet. Alle Stadtpräsidentinnen und -präsidenten der zehn beteiligten Städte sitzen im Vorstand, der von der Stadt Zürich präsiert wird. Alle Städte beteiligen sich finanziell anhand ihrer Bevölkerungszahl. Geplant sind vier Phasen. In der Lancierungsphase wird die Nexpo zwischen 2018–2020 inhaltlich entwickelt. In der Fundierungsphase von 2020–2022 wird definitiv entschieden, ob die Nexpo zur nächsten Landesausstellung wird. In der darauffolgenden Phase soll die Nexpo dann umgesetzt und durchgeführt werden. Die Ausgaben der Stadt Zürich bis und mit Abschluss der Fundierungsphase belaufen sich auf 1,3 Millionen Franken. Dies liegt noch in der Ausgabekompetenz des Stadtrats. Darum hat der Stadtrat in einem Stadtratsbeschluss den finanziellen und personellen Beitrag für den Verein bis zur Fundierungsphase beschlossen. Das Präsidialdepartement hat die entsprechende Gemeinderatskommission seit letztem Jahr zweimal ausführlich über die Nexpo informiert. So viel ich weiss, ist diese Präsentation und die Idee auch bei Vertreterinnen und Vertretern der Grünen auf Interesse gestossen. In der Fundierungsphase, die jetzt stattfinden soll, sollen alle Grundlagen vorbereitet werden, die dann einen fundierten Entscheid zulassen, ob die Nexpo auch wirklich durchgeführt wird. Ich verzichte auf die Aufzählung aller dazugehörenden Arbeiten. Erwähnen möchte ich aber, dass von Bund und Kantonen, aber auch vom Lotteriefonds und Privaten finanzielle Beteiligung hereingeholt werden soll. Wie Stefan Urech (SVP) vorher richtig erkannte: Dies kann nicht nebenbei aufgegleist werden. Dafür hat die Stadt eine befristete Projektstelle bei der Stadtentwicklung beschlossen. Eine Minderheit des Gemeinderats möchte diese Stelle nun streichen mit der Begründung, dass zuerst eine Weisung an den Gemeinderat gelangen soll. Wir verstehen dies in dem Zusammenhang nicht ganz. Der Stadtrat hat den Gemeinderat jeweils transparent und zeitnah über die einzelnen Etappen der Nexpo informiert. Die Fundierungsphase soll ja gerade dazu dienen, alles vorzubereiten, damit der Gemeinderat dann einen fundierten Entscheid über die Durchführung der Nexpo fällen kann. Wenn wir jetzt eine Weisung verlangen, wäre das eine Weisung, die hauptsächlich Fakten schafft für eine spätere Weisung, die dann die Fakten beinhaltet. Dies ist nicht effizient. Den Wunsch der Grünen und der AL nach einer Weisung an den Gemeinderat teilen wir. Diese Weisung wird auch kommen, sobald die Fakten vorliegen, die uns die Entscheidungsgrundlagen für die Behandlung liefern. Felix Moser (Grüne) bemängelte, dass wir zu diesem Projekt noch nichts zu sagen hatten. Die Weisung wird kommen, und die Grundlagen und die Fakten für eine Diskussion werden unter anderem von dieser Stelle geschaffen. Wir finden, die Nexpo tönt nach einem spannenden Projekt, die von zehn Städten getragen wird und die für die Weiterentwicklung finanzielle Mittel sprechen. Die Stadt Zürich ist eine der Initiatorinnen der ersten Stunde. Es wäre für unsere Stadt peinlich, wenn wir die befristete Stelle nicht sprächen. So hätten wir die

spannende Idee zwar lanciert und das Präsidium des Vereins inne, aber nicht die notwendige Personalkraft zur Verfügung. Deshalb bitten wir um Zustimmung zum Antrag der Minderheit 1.

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Ich habe zuerst eine Frage an Felix Moser (Grüne). Alan David Sangines (SP) hat richtig erklärt, dass eine Weisung zur Nexpo gar nicht möglich ist. Willst du eine Weisung über 300 000.– Franken für eine zweijährige Projektstelle bei der Stadtpräsidentin? Die Gesamtweisung kommt, wenn das Projekt ausgearbeitet ist. Damit unterliegt ihr zusammen mit den Grünliberalen einem Grundlagenirrtum. Natürlich kann man den Stadtrat zwingen, uns eine Weisung zu geben, aber ich möchte hier drin nicht über Weisungen über 300 000.– Franken sprechen müssen. Ich kann den Nutzen dieses Postulats, das nichts mit dem Antrag zu tun hat, nicht nachvollziehen. Ihr wollt wahrscheinlich STR Daniel Leupi dazu zwingen, aufzuzeigen, dass er Stellen abbaut durch Digitalisierungsprojekte. Dies wird jedoch nicht gelingen, sondern nur zu mehr Aufwand bei der Verwaltung führen. Das sollten wir uns sparen.*

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): *Lieber Walter Angst (AL), ich muss präzisieren. Wir wollen eine Weisung über die Nexpo, es geht hier nicht lediglich um 300 000.– Franken, das ist eine Riesenkiste. Wir wollen nicht generell keine Stellen mehr schaffen. Wir betrachten jede Stelle differenziert und wollen diese konkrete Stelle nicht sprechen. Wir könnten uns vorstellen, dass dieses Prestigeprojekt der Stadt und der Stadtpräsidentin auch direkt bei der Stadtpräsidentin angesiedelt wäre und nicht bei der Stadtentwicklung. Das Pensum, das es für diese Erarbeitung braucht, könnte durchaus absorbiert werden, ohne neue Stellen zu schaffen. Dies ist unsere Begründung. Wir wollen nächstes Jahr eine Weisung zur Nexpo, aber dafür braucht es diese Stelle nicht.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Nachdem Alan David Sangines (SP) ein fünfminütiges Plädoyer für das Nexpo-Projekt gehalten hat, sehe ich mich fast dazu gedrängt, das gleiche für das Konkurrenzprojekt – X27 – zu tun. Das Projekt X27 ist dem Nexpo-Projekt sehr ähnlich. Es ist auch dezentral und eine Bewegung. Man wird den Eindruck nicht los, dass das Nexpo-Projekt einfach eine persönliche Herzensangelegenheit unserer Stadtpräsidentin ist. Ich finde, wenn schon öffentliche Gelder im grossen Stil eingesetzt werden, um ein Projekt zu konkurrenzieren, das vor allem durch private Gelder finanziert ist, soll dies auch gesagt werden. Ich lese deshalb das Konzept des Projekts X27 vor und rege an, dass wir uns als Stadt überlegen, ob wir nicht dieses Projekt unterstützen sollten. Meine Vorstellung wäre eine Fusion beider Projekte und eine Kräftebündelung, statt sich mit öffentlichen Geldern zu konkurrenzieren. Bei diesem Projekt X27 handelt es sich um eine völlig neue Form einer Landesausstellung. «X27 beginnt bereits heute und erzielt Wirkung über das Jahr 2027 hinaus. Die Landesausstellung setzt sich auseinander mit unserer Zukunft als Menschen, als Gesellschaft, als Schweiz. Die Schweiz ist ein Land voller Potenzial und Pioniere. Hier leben Menschen, die über die Zukunft nachdenken. Hier gibt es Institutionen, die an der Zukunft arbeiten. Hier möchten Gemeinschaften unsere Zukunft mitgestalten. Die X27*

will diese Kräfte bündeln und die gesamte Bevölkerung in die Diskussion über die gemeinsame Zukunft miteinbeziehen. In den nächsten Jahren identifiziert, vereint und begleitet die X27 Projekte und Engagements im ganzen Land. Dies geschieht über verschiedene Rendez-vous, die dezentral in allen Landesteilen stattfinden, über eine schweizweite digitale und reale Plattform, welche die Projekte versammelt, vernetzt und sichtbar macht und dem einen gesamtschweizerischen Rendez-vous mit der Zukunft im Jahr 2027. Die X27 ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern der Schweiz, unsere gemeinsame Zukunft mitzugestalten mit all ihren alltäglichen ethischen und menschlichen Konsequenzen. Es geht dabei um nichts weniger als die Aushandlung eines neuen Selbstverständnisses und einer neuen Art des Zusammenlebens angesichts grosser, bereits stattfindender Umwälzungen.» Ich finde, das Konzept passt wunderbar zur Stadt Zürich. Ich würde von der Stadtpräsidentin gerne wissen, ob sie nicht die Anregung zumindest prüfen möchte, beide Projekte zu fusionieren zugunsten einer grossen gemeinsamen Landesausstellung unter Mitwirkung der Stadt Zürich.

Felix Moser (Grüne): *Wir werden das Postulat ablehnen, die Ablehnung wurde aber etwas kurz begründet. Zu Walter Angst (AL): Wir wollen zuerst wissen, worum es bei der Nexpo geht, bevor wir Stellen bewilligen. Zum Postulat ist mir als erstes aufgefallen, dass es eine Rückschau fordert. Wir sind aber der Ansicht, dass dies verfrüht ist. Soviel ist in dieser Stadt bezüglich Smart Government noch nicht passiert. Inhaltlich fehlen uns zwei wesentliche Dinge. Erstens verstehen wir unter Smart Government zu einem grossen Teil auch aktive Partizipation der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Aspekte Mitsprache und Teilhabe fehlen hier jedoch gänzlich. Den Postulantinnen geht es lediglich um das Sparen und Rationalisieren von Abläufen. Es gibt beispielsweise Städte, die ein partizipatives Budget haben, dies könnte auch in Zürich angegangen werden. Der zweite inhaltliche Aspekt, der uns fehlt: Teile der Bevölkerung sind nicht immer mit dem Smartphone unterwegs. Diese Menschen werden von all den spannenden Ideen nicht profitieren. Ein Bericht über Smart Government müsste aus grüner Sicht unbedingt den Auftrag haben, die Verliererinnen und Verlierer dieser Entwicklung – beispielsweise ältere oder beeinträchtigte Menschen – abzuholen. Wir können es uns nicht leisten, alles zu digitalisieren und im gleichen Zug Service Public und Dienstleistungen in den Quartieren abzubauen. Wir brauchen lebendige Quartiere, es kann nicht alles digitalisiert werden. Über diesen Aspekt muss unbedingt auch berichtet werden. Weil diese beiden Punkte fehlen, können wir dem Postulat nicht zustimmen.*

Alan David Sangines (SP): *Die Begründung der GLP kann ich aus eurer Perspektive nachvollziehen. Was ich immer noch nicht verstehe: Wie stellen sich denn die Grünen diese Weisung vor? Walter Angst (AL) und ich haben euch erklärt, dass die Weisung, die ihr wünscht, kommen wird. Aber damit diese Weisung kommen kann, müssen zuerst Fakten dafür geschaffen werden. Eure offenen Fragen müssen zusammengetragen werden, es muss gefragt werden, wer am Projekt beteiligt ist, was ein schonender Umgang mit Ressourcen bedeutet oder wie die gesellschaftliche Entwicklung der Städte miteinbezogen wird. All dies muss ausgearbeitet werden. Was bis jetzt vorliegt, wurde in der Kommission bereits zweimal ausführlich diskutiert. Felix Moser (Grüne), in der Weisung, die jetzt geschaffen würde, würde lediglich stehen, dass man eine befristete*

Projektstelle schaffen möchte, um die Fakten zu schaffen für eine Weisung, über die wir dann inhaltlich diskutieren können. Es wäre ein kompletter Leerlauf. Ich teile eure Bedenken bezüglich Seilbahn und wir wollen beim Projekt auch mitreden. Für uns ist nicht klar, dass wir die Nexpo zu 100 Prozent unterstützen werden. Aber für die inhaltliche Diskussion müssen wir die befristete Stelle schaffen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Es steht viel spekulatives im Raum, sodass ich mich gerne mal zu diesem Thema äussern möchte. Zuerst zum Postulat: Der Stadtrat ist bereit, dieses entgegen zu nehmen. Ich möchte aber etwas richtigstellen. Wir stehen mit der Smart-City-Strategie noch ganz am Anfang. Das Team wird ab Anfang Januar 2020 komplett sein. Wir können Ihnen zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen, wo die Effizienzgewinne liegen werden, wie wir zu Innovationen kommen und welche Auswirkungen diese bezüglich der Effizienz haben werden. Wenn Sie die Smart-City-Strategie gelesen haben, wissen Sie, dass wir damit nicht nur Innovation und Effizienzgewinn anstreben. Wir sind gerne bereit, Ihnen Bericht zu erstatten, auch bezüglich der Hinweise, die von den Grünen kamen. Zum Thema Nexpo: Dies ist ein hochanspruchsvolles Projekt, das die zehn grössten Schweizer Städte zusammen initiiert haben. Es sind acht Kantone involviert und wir sind auch mit dem Bund bereits im Gespräch, der ebenfalls Interesse signalisiert hat. Zu den zehn Städten sind weitere Städte dazugestossen. Es handelt sich um ein gänzlich neues Format einer Landesausstellung. Es sind alle Landesteile und alle Sprachregionen involviert. Es soll kein einmaliger Megaevent sein. Das Projekt basiert auf drei Grundsätzen: Es ist evolutiv, das heisst, es finden jetzt schon Projekte statt und im Jahr 2028 wird es einen Höhepunkt geben. Es ist dezentral, das ist in der Struktur angelegt. Es ist ein breit angelegtes, partizipatives Projekt. Es geht um die zentrale Frage, wie wir im 21. Jahrhundert zusammenleben wollen. Ich danke Raphaël Tschanz (FDP) auf den Hinweis auf das Projekt X27. Dieses hatte die Idee, auf dem Flughafen Dübendorf eine zentrale Show zu zeigen, die sich um das Thema Innovation dreht. Wir hatten die Möglichkeit, beide Projekte im Regierungsrat zu präsentieren. Das Projekt konnte den Stadtpräsidenten von Winterthur und mich nicht überzeugen. Wir wollen uns von dieser klassischen Idee der Landesausstellung verabschieden. Wir wollen keinen riesigen Event und die dezentrale Ausrichtung würde bedeuten, dass nicht wie bei früheren Expos sehr viel Geld in Infrastruktur investiert werden müsste. Die kommenden Jahre sollen in diesem evolutiven Prozess zeigen, wie sich die Nexpo konkretisieren wird. Alan David Sangines (SP) hat die Phasenaufteilung bereits ausgeführt. Der Verein Nexpo moderiert die verschiedenen Phasen in diesem Prozess, der von den beteiligten Städten getragen wird. Wir wollen uns in die Projektentwicklung involvieren, was sehr aufwändig ist. Wir beantragen Ihnen diese für die Fundierungsphase befristete 80%-Stelle, damit wir diese Grundlagen aktiv erarbeiten können. Dies ist aus bestehenden Ressourcen nicht möglich. Bezüglich der Finanzierung ist klar, dass sich die Kantone und der Bund beteiligen werden müssen. Bezüglich der Mitsprache des Gemeinderats: Wir sind uns dieses Interesses bewusst, wir haben deshalb auch zweimal ausführlich in der Spezialkommission informiert, diskutiert und Inputs aufgenommen. Wir haben Pilotprojekte vorgestellt, die jetzt erarbeitet werden. Ein wichtiges davon ist der so*

genannte «Nexplorer». Der knüpft an der Landesausstellung der 1960er-Jahre an, wo es eine so genannte Gulliver-Umfrage gab, die Werte und Meinungen abholte und in die Entwicklung des Projekts einbezogen wurden. Heute tun wir dies mit anderen, interaktiven Mitteln. Ein anderes Projekt, das jetzt schon aufgestartet wird, ist die digitale Allmend. Das Ziel ist, mit diesem partizipativen Prozess für die Schweiz neue Wahrzeichen zu finden. Dieses Projekt ist weit weg von Anlässen wie dem «Züri Fäscht» oder der Formel E. Ich möchte, dass sich die Stadt Zürich in der anstehenden Fundierungsphase einbringen kann. Wenn wir die Ressourcen dafür nicht haben, wird dies sehr schwierig. Es heisst Fundierungsphase, weil wir eben die Grundlagen erarbeiten und weiterentwickeln möchten, die wir für die Weisung brauchen, damit wir über die nächste Phase entscheiden können. Die jetzige Frage liegt unter der Zweimillionen-Grenze, das heisst, wir können Ihnen keine Weisung präsentieren über etwas, was in unserer Kompetenz liegt. In der nächsten Phase wollen und müssen wir aber mit einer Weisung in den Gemeinderat kommen. Wir bitten Sie, die Stelle zu genehmigen.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ich komme nochmals zum Postulat zurück. Die GLP teilt das Anliegen der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen durch die Digitalisierung und das im Postulat formulierte Ziel, dass die damit verbundenen Kosteneinsparungen dokumentiert werden sollten. Wir wollen allerdings aus Effizienz- und Transparenzgründen, dass zur Dokumentation der Fortschritte nicht einen zusätzlichen Bericht erstellt wird, sondern dass die Berichterstattung einmal pro Jahr im Rahmen des stadträtlichen Geschäftsberichts erfolgt. Wir schlagen deshalb eine Textänderung vor. Das Postulat würde demzufolge im ersten Satz folgendermassen lauten: «Der Stadtrat wird aufgefordert, ~~einen~~ im Rahmen seines Geschäftsberichts Bericht zu erstatten, ...».

Stefan Urech (SVP): Wir sprechen hier über zwei Themen, einerseits über die Nexpo, andererseits über die Smart City. Zuerst zur Nexpo: STP Corine Mauch hat ihren Wunsch ausgeführt, dass sich die Stadt Zürich im Verein Nexpo einbringen kann. Das beschreibt nicht ganz das, was die Stadt Zürich tut. In der Kommission bekam ich den Eindruck, dass die Nexpo ein Projekt der Stadt Zürich ist. Dies wurde verneint. Aber wenn man sich die Vereinsstruktur genauer anschaut, bestätigt sich dieser Eindruck. Die Präsidentin des Vereins ist STP Corine Mauch. Vorsitzende der Geschäftsführung ist Nationalrätin Céline Widmer (SP). Heute Abend haben wir noch den Präsidenten des Fanclubs kennen gelernt, Alan David Sangines (SP). Vielleicht haben Sie Recht, dass das nicht ein Projekt der Stadt Zürich ist, sondern eines der SP Zürich. Ich weiss nicht, wie viel Interesse an einer von drei SVP-Vertretern organisierten Landesausstellung bestehen würde. Die zusätzliche Stelle bestätigt unsere Vermutung, dass die Stadt Zürich den Lead bei der Nexpo übernehmen möchte. Wir sind gegen diese zusätzliche Stelle. Ich habe die Debatte über die Smart City, die vor ungefähr drei Jahren von Christoph Luchsinger (FDP) und Isabel Garcia (GLP) eingereicht wurde, nochmals etwas genauer angeschaut. Severin Pflüger (FDP) und die SVP haben damals schon gewarnt, dass damit die Büchse der Pandora geöffnet werde. Eine smarte Stadt wird

keine Effizienzgewinne zur Folge haben, sondern Stellenwachstum. Wir haben durchaus Sympathien für den Vorstoss von Yasmine Bourgeois (FDP), auch wenn ich mich nicht auf die Lektüre eines solchen Berichts freue. Die Textänderung der GLP erstaunt nicht sehr, denn wenn dieser Bericht irgendwo in den 550 Seiten des Geschäftsberichts untergebracht ist, kann darauf gehofft werden, dass er darin untergeht. Ein spezifischer Bericht würde mehr Klarheit bieten. Wir unterstützen das Postulat.

Walter Angst (AL): *Wir schwenken zu den Grünliberalen, damit wir in diesem Rat eine klare Mehrheit dafür haben, dass die Nexpo mit bestehenden Mitteln vorbereitet wird. Im Budget sind 4,5 Millionen Franken bei der Stadtentwicklung. Wir hoffen, dass es die Stadtpräsidentin schafft, das Projekt auszuarbeiten und eine Weisung zur Umsetzung der Nexpo bringt und nicht auf den grünen Vorschlag eingeht. Wir sind überzeugt, dass die Nexpo so an Fahrt aufnehmen kann.*

Dr. Davy Graf (SP): *Ich finde diese Diskussion unmöglich. Ich weiss nicht, was Walter Angst (AL) meint mit dem Schwenken zur GLP. Die GLP und die Grünen haben ja den gleichen Antrag gebracht. Sie haben nun einen metaphysischen Bogen gezogen und versuchen, das auseinanderzubeineln. Die FDP müsste sich wohl in einer ruhigen Minute nochmals das Votum von Felix Moser (Grüne) anhören und sich fragen, ob sie die Festphilosophie der Grünen teilt. Die Grünen müssten zuhören, was die FDP mit X27 gesagt hat. Wir haben heute Abend nicht viel gelernt über die Landesausstellung, über das, was das Parlament eigentlich wünscht. Die FDP hat sogar noch ein Begleitpostulat zu ihrem eigenen Antrag gemacht. Der Antrag über die 362 000 Franken war anscheinend so wichtig, dass Ihr schon im Eintretensvotum opportunistisch auf die Minderheit 2 geschwenkt seid und damit das Postulat ad absurdum geführt habt. Das Postulat ist damit hinfällig. Ich bin froh, hat unsere Stadtpräsidentin bereits Schritte unternommen. Denn offensichtlich ist dieses Parlament nicht fähig, einen grossen Bogen zu denken. Ich hoffe, dass die Nexpo trotz der merkwürdigen Schwenker nach links und rechts in Fahrt kommt. Ich freue mich auf eine fundiertere Debatte über das Projekt, wenn die Weisung dann hier ist.*

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Das Postulat macht sehr wohl Sinn, es will genau das, was beispielsweise die AL mit ihrem Schwenker zur GLP auch will. Es geht uns darum, dass durch die Digitalisierung Effizienzgewinne erzielt und Stellen eingespart werden können und deshalb keine neue Stelle für die Nexpo geschaffen werden soll. Wenn mir Felix Moser (Grüne) zugehört hätte, dann hätte er gehört, dass ich die Vorteile der Digitalisierung auch in der Partizipation der Bevölkerung sehe. Die Abläufe sollen ja auch für die Bevölkerung einfacher und effizienter werden, nicht nur für die Verwaltung. Mit der Textänderung der GLP sind wir einverstanden.*

26 / 40

S. 118	15 1505 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
012.	Antrag Stadtrat				
				4 571 800	Minderheit 1
				112 000 N	
		362 000		4 321 800	Mehrheit
				4 571 800	Minderheit 2
		112 000			
					Abwesend
					Alan David Sangines (SP) Referent Minderheit 1
			Begründung: FDP/SVP: Andere Projekte zugunsten Smart City zurückfahren sowie keine zusätzliche Stelle für NEXPO; Grüne/GLP: Keine zusätzliche Stelle für NEXPO, zuerst soll eine Weisung über die NEXPO dem Gemeinderat vorgelegt werden		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(4 683 800)	42 Stimmen
Antrag Mehrheit	(4 321 800)	17 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(4 571 800)	<u>64 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

Antrag 014.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Huser (FDP): *Dieses Jahr kommt die FDP dem Stadtrat entgegen. Wir beantragen nicht die totale Streichung aller Stellen für die Fachstelle für Gleichstellung. Wir beantragen nur die Streichung von drei Stellen mit der Begründung, dass zu viele Projekte ausserhalb des Aufgabenbereichs getätigt werden, um neue Geschäftsfelder zu erschliessen oder zu eröffnen. Ein konkretes Beispiel ist der Artikel «Nannys sind Einzelkämpferinnen» auf Seite 3 in der Publikation «Einblicke 2019». Schaut man sich den ganzen Bericht an, stellt man fest, dass die Autorin Doktorin der Geografie ist und*

als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geografischen Institut der Universität Bern arbeitet. Für die explorative Recherche hat sie ganze vier Nannys befragt, ein paar weitere über eine Nanny-Facebook-Gruppe, sowie einige Personen nahestehender Organisationen. Genaueres bezüglich der Stichproben sind dem Bericht leider nicht zu entnehmen. Daraus schliesst die Autorin, dass die Arbeitsbedingungen für die Nannys prekär sind. Eine seriöse wissenschaftliche Recherche sieht definitiv anders aus. Abgesehen davon können Arbeitsverträge für Nannys von diversen Online-Plattformen heruntergeladen werden, so unter anderem auf der Website www.nannyvermittlung.ch, die sogar von der Stadt Zürich empfohlen wird. Zusätzlich muss gesagt werden, dass jede Nanny ihren Vertrag auflösen kann, wenn sie mit den Bedingungen nicht zufrieden ist. Für mich stellt dieser Artikel ein Versuch einer Daseinsberechtigung der Fachstelle für Gleichstellung dar. Die Fachstelle würde viel mehr dienen, wenn sie sich nicht verzettelt und nicht Themen bearbeitet, die andere Institutionen besser und kompetenter behandeln könnten.

Felix Moser (Grüne): *Die Mehrheit der RPK folgt dieser Begründung nicht. Es wurde ein Beispiel ausgeführt, das ich im Detail abklären müsste. Wegen eines Beispiels gleich drei Stellen zu kürzen, wäre eine schräge Argumentation, sogar dann, wenn die Vorwürfe stimmen würden. Ich bezweifle dies jedoch und das Thema Nannys betrifft die Gleichstellung. In der Stadt Zürich ist die Gleichstellung immer noch nicht erreicht. In einer Veranstaltung von Statistik Stadt Zürich konnte man vor einer Woche erfahren, dass der Frauenanteil in der Verwaltung sinkt, je höher die Kaderstufe wird. Die geforderten 35 Prozent wurden noch nicht erreicht. Dies nur ein Beispiel, warum es die Fachstelle für Gleichstellung und ihre Arbeit braucht. Es ist noch nicht lange her, dass am Frauenstreik hunderttausende von Menschen auf die Strasse gingen und für Gleichstellung demonstriert haben. Es gibt unzählige Beispiele, wo es an Gleichstellung mangelt, nicht nur in der Stadtverwaltung, sondern auch in Firmen oder bei der Kinderbetreuung. Es wäre schön, wenn es die Fachstelle nicht mehr bräuchte, aber im Moment ist dies noch nicht der Fall. Deshalb bitte ich sie, im Namen der Mehrheit der RPK dem Antrag nicht zuzustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Eigentlich ist dieser Antrag der FDP eher ein Ausdruck davon, dass man von diesem Bereich keine Ahnung hat. Ansonsten könnte man nicht so salopp daherreden und sagen, alles sei doch überhaupt kein Problem. Ich weiss, dass gerade im Nannybereich – hier spreche ich als Gewerkschaftspräsidentin – sehr viele sehr prekäre Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Es ist wunderbar, dass das Gleichstellungsbüro mit Projekten auf dieses Problem aufmerksam macht, Wissen vermittelt – auch jenen, die es gut machen wollen und keine prekäre Arbeitsverhältnisse anbieten – und dass vor allem die Betroffenen mehr über ihre Rechte erfahren. Man kann nicht salopp sagen, man könne ja den Job quittieren wenn es einem nicht passt, insbesondere wenn es um die Existenzsicherung geht. Zudem hat man dann nicht sofort einen neuen Job. Es ist auch in anderen Bereichen der so genannten 24-Stunden-Betreuung prekär. Betreuerinnen sind sieben Tage die Woche, 24 Stunden vor Ort und bekommen 2000 Franken pro Monat. Das ist Missbrauch. Viele dieser Betroffenen*

wissen nicht, dass sie mehr Rechte hätten. Vielen Dank an das Gleichstellungsbüro, dass sie in Bereichen, in denen leider prekäre Arbeitsbedingungen vorherrschen, endlich Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Stefan Urech (SVP): Es mag sein, dass euch das Thema Nannys wahnsinnig interessiert. Das Problem, was wir hier ansprechen ist, dass das nicht zum zentralen Auftrag der Fachstelle gehört. Wenn Sie im Jahresbericht «Einblicke» blättern, müssen Sie sich die Frage stellen, ob es hier noch in erster Linie um die Gleichstellung von Mann und Frau in der Stadt Zürich geht oder ob sich die Fachstelle einen Auftrag gegeben hat, der weit darüber hinausgeht. Ich möchte aus dieser Zeitschrift zitieren. Die Fachstelle hat zusammen mit dem Mannebüro eine Fachtagung zum Thema «Pornostress» gemacht. An diese Fachtagung seien über 250 Fachleute eingeladen gewesen, die beraten haben, wie sich der Pornografie-Konsum auf Paarbeziehungen auswirkt und wie er die Geschlechtervorstellungen unserer Jugendlichen beeinflusst. Der Schluss aus dieser Fachtagung war, dass man über die Pädagogische Hochschule den Junglehrern mitgeben soll, dass «Pornografiekompetenzen im Unterricht gefördert» werden. Bei Gremien, die ihren Auftrag so ausbreiten, dass sie selbst nicht mehr wissen, wo sie stehen, entstehen solche Geschichten. Wir haben auch ein ganzseitiges Interview über «Unconscious Bias», also unbewusste Vorverurteilung von Menschen. Auch hier ist die Fachstelle aktiv. Wenn Vorverurteilung unbewusst ist, kann man auch nicht viel dagegen tun. Wenn wir diese Fachstelle ablehnen, ist dies nicht, weil wir die Frauen zurück am Herd wollen würden. Wir lehnen eine Fachstelle ab, die sich mit Pornostress, Unconscious Bias und Nannys beschäftigt.

David Garcia Nuñez (AL): Stefan Urech (SVP), ich verstehe Ihre Begründung nicht. Ich würde Ihnen anraten, dass Sie das nächste Mal auch zu dieser Tagung kommen, dann würden Sie nicht so unqualifiziert darüber sprechen. Sie sind auch im Bildungsbereich tätig und wissen, was das Problem der Pornografisierung mit unserer Jugend macht. Als Sexualtherapeut fände ich es gut, wenn die Pornokompetenz an den Schulen gestärkt würde, dann hätten wir viel weniger Probleme im Erwachsenenalter. Über die Vorstellung, dass das Unbewusste nicht analysiert werden kann, könnte ich mich als Psychoanalytiker lange mit Ihnen unterhalten. Wenn Sie offensichtlich so wenig darüber wissen, besuchen Sie doch eines der zahlreichen Weiterbildungsangebote in diesem Bereich.

Alan David Sangines (SP): Es ist alle Jahre wieder das Gleiche. Die SVP und vor allem auch die FDP suchen immer wieder neue Gründe, um die Fachstelle für Gleichstellung anzugreifen. Einmal wollen sie keine Tagung zu Transmenschen, jetzt haben sie sich am Pornothema festgebissen. Wenn Ihr euch lustig darüber macht, dass in den Schulen Pornokompetenzen vermittelt werden sollen, sagt das auch etwas aus. Es ist ein reales Problem. Wer einmal eine Zeitung aufgemacht hat und sieht, wie sich Jugendliche kriminalisieren mit den Videos, die sie verschicken und nicht wissen, was sie da tun. Wenn man sieht, wie der Pornokonsum dazu führen kann, dass das Frauenbild – und das Männerbild übrigens auch – extrem leidet. Das sind Themen, die die Fachstelle für Gleichstellung angehen soll. Es sind Themen, die die Jugendlichen heute beschäftigen. Diese haben Zugang zu Videos, die einen riesigen Effekt haben

und die Kriminalitätsrate steigern und ihr lacht, weil das Wort «Porno» erwähnt wird. Ich finde es insbesondere bedenklich, wenn die Lehrerinnen und Lehrer unter uns dieses Problem an den Schulen nicht erkennen. Aber schlussendlich geht es euch ja nur darum, neue Gründe zu finden, um die Fachstelle für Gleichstellung anzugreifen.

S. 122	15 1506 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat				963 700	Mehrheit
			360 000		603 700	Minderheit
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
			Begründung: 3 Stellen weniger, zu viele Projekte ausserhalb des Aufgabenbereichs			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 015.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Das Theaterspektakel will mehr Geld, unter anderem für Lohnerhöhungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Theaterspektakel ist unterdessen zu einem Event gewachsen, der viele Leute anzieht. Ich denke, eine Mehrheit geht nicht wirklich wegen des Theaters dort hin, sondern um zu spazieren, zu konsumieren und sich in der Szene zu zeigen. So ein kommerzialisierter Anlass sollte in der Lage sein, Lohnerhöhungen durch Sponsoringbeiträge oder über andere Massnahmen zu finanzieren. Zudem wollen wir keine Erhöhung bei den Aufträgen für selbstständigerwerbende Dolmetscherinnen und Dolmetscher.*

Felix Moser (Grüne): *Über das Theaterspektakel haben wir erst kürzlich im Kulturleitbild gesprochen. Schon damals wurde ausgeführt, dass es eine Erhöhung der Mittel für das Theaterspektakel gibt, was von einer Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Deshalb werden wir auch hier mit dem Stadtrat stimmen und diese Mittel bewilligen.*

30 / 40

S. 124	15 1510 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat				5 760 800	Mehrheit
			305 000		5 455 800	Minderheit
						Abwesend
						Alan David Sangines (SP)
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
						Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
						Begründung: Kein höherer Beitrag für Theaterspektakel. Keine Beplanung der zusätzlichen Stellen Fr. 60 000. Keine Erhöhung für Aufträge für selbstständig erwerbende Dolmetscher

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 016. bis 020.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Huser (FDP): Wir von der FDP sind der Meinung, dass es nicht die Aufgabe des Staats ist, neue Kunstformen zu erforschen. Dies ist die Aufgabe der Hochschulen, in diesem Fall der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Im Budget ist aber auch ersichtlich, wie gross die Beiträge insgesamt werden, es ist eine Million Franken vorgesehen. Die FDP ist der Ansicht, dass die Stadt Zürich statt dem experimentellen Erproben neuer Kunstphänomene das bestehende Angebot auf das Publikum ausrichten und die Auslastung steigern sollte oder diesen Angeboten die Mittel auch zu kürzen.

Felix Moser (Grüne): Es geht um das dreijährige Projekt «Labor für Kulturförderung», das in Zusammenarbeit mit der ZHdK und einem Beitrag der Stadt durchgeführt wird. Die wissenschaftliche Arbeit wird von der ZHdK übernommen, die Stadt muss aber auch ihre Projekte einbringen.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Können Sie mir in der Geschichte der Menschheit eine Kulturform nennen, die in einem staatlichen Kulturlabor entstanden ist? Kulturformen entstehen aus der Gesellschaft, von privaten Initiativen von Künstlerinnen und Künstlern und sicher

nicht in einem staatlichen Kulturlabor. Ich frage mich, ob Sie hier nicht selber sehen, dass es hier nur noch darum geht, Stellen zu schaffen für ihre Klientel.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP ist der Auffassung, dass das Wissen, das hier in einem separaten Kulturlabor erarbeitet werden soll, bereits in der Verwaltung und der Kulturbranche vorhanden ist. Dieses Labor braucht es nicht. Die GLP wird alle Anträge der FDP unterstützen.

S. 125	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat				6 580 800	Minderheit
			40 000		6 540 800	Mehrheit
						Abwesend
						Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Streichen der Beträge für das Labor für Kulturförderung. Forschungsprojekte gehören in den Aufgabenbereich der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Keine Staatsaufgabe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 017.

Wortmeldungen siehe Antrag 016.

S. 125	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat				229 400	Minderheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)

32 / 40

70 000	159 400	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
		Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung: Streichen der Beträge für das Labor für Kulturförderung. Forschungsprojekte gehören in den Aufgabenbereich der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Keine Staatsaufgabe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 67 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 018.

Wortmeldungen siehe Antrag 016.

S. 127	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
	1510	Kultur			
	3635 00 898	Übrige Betriebsbeiträge an private Unternehmungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat			617 600	Minderheit
					Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		10 000		607 600	Mehrheit
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
					Abwesend Alan David Sangines (SP)
Begründung: Streichen der Beträge für das Labor für Kulturförderung. Forschungsprojekte gehören in den Aufgabenbereich der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Keine Staatsaufgabe					

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

33 / 40

Antrag 019.

Wortmeldungen siehe Antrag 016.

S. 128	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
019.	Antrag Stadtrat				5 231 300	Minderheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
			50 000		5 181 300	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
						Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Streichen der Beträge für das Labor für Kulturförderung. Forschungsprojekte gehören in den Aufgabenbereich der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Keine Staatsaufgabe				

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 020.

Wortmeldungen siehe Antrag 016.

S. 129	15 1510 3637 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Haushalte					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
020.	Antrag Stadtrat				3 077 700	Minderheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
			90 000		2 987 700	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
						Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Streichen der Beträge für das Labor für Kulturförderung. Forschungsprojekte gehören in den Aufgabenbereich der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Keine Staatsaufgabe

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 020a.

Alan David Sangines (SP) stellt folgenden Antrag zum Budget: Der Zirkus Chnopf ist ein gemeinnütziger Verein, der Nachwuchsförderung im Bereich Artistik betreibt. 2019 hat der Zirkus Chnopf die kulturelle Auszeichnung der Stadt Zürich im Bereich Theater bekommen. Er ist im Bereich des Kochareals in der Stadt Zürich beheimatet. Letztes Jahr hat der Gemeinderat eine Überbrückungsfinanzierung für den Zirkus Chnopf von 100 000 Franken ins Budget eingestellt. Aufgrund der Weiterentwicklung des Kochareals hat der Zirkus grosse Mühe, den Betrieb auf der provisorischen Infrastruktur auf dem Kochareal zu erhalten. Zudem sind die Verantwortlichen des Zirkus enorm mit der Planung und Koordination auf dem zukünftigen Kochareal beschäftigt. Das Zirkusquartier wird auf dem Koch-Areal eine wichtige Funktion zur Nachwuchsförderung, aber auch mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausbildungen übernehmen. Auch der Kanton leistet einen regelmässigen Beitrag an den Zirkus Chnopf. Aus diesem Grund beantragen wir, den Zirkus Chnopf in dieser schwierigen Umbruchphase mit 50 000 Franken zu unterstützen. Das ist gegenüber dem letzten Jahr eine Halbierung. Uns ist klar, dass wir nicht jedes Jahr mit einem Einzelantrag kommen können, es braucht eine langfristige Lösung für den Zirkus Chnopf.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): In der Begründung für den Überbrückungskredit letztes Jahr hiess es, es handle sich um einen einmaligen Beitrag. Der Zirkus Chnopf ist uns sympathisch und wir haben diesem einmaligen Beitrag zugestimmt. Aber wenn daraus immer mehr wird, geht uns das gegen den Strich. Vor allem haben wir Mühe damit, wenn der Antrag am Dienstag Abend vor der Budgetdebatte kommt, nachdem wir schon zwei Monate in der RPK beraten haben, nachdem wir zwei Mal Fraktionsretraierten hatten. Ich frage mich, wie ernsthaft der Zirkus Chnopf betrieben wird. Wenn er jährlich wiederkehrend Geld von der Stadt Zürich bekommen möchte, können wir uns das vorstellen. Der Weg führt dann aber über das Büro von Peter Haerle und der Stadtpräsidentin, dann gibt es eine Weisung, die in die SK PRD/SSD geht und dann zu uns in den Gemeinderat. Dieses unprofessionelle Vorgehen in Form dieser Feuerwehrübung wollen wir nicht weiter unterstützen.

Roger Bartholdi (SVP): Ich habe grosse Sympathien für den Zirkus Chnopf, den ich selbst auch schon besuchte. Mein Vorredner hat bereits angesprochen, dass die

offiziellen Wege und Prozesse berücksichtigt werden müssen, bei denen über den Betrag und Pro und Kontra diskutiert werden und der Stadtrat Stellung beziehen kann. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

Dr. Pawel Silberring (SP): Es ist nicht alles falsch an euren Argumenten. Es ist bei uns angekommen, dass wir uns für das nächste Jahr vorgenommen haben zu schauen, wie wir den Zirkus Chnopf auf eine stabilere Grundlage bringen können. Ich habe gerne gehört, Severin Pflüger (FDP), dass Ihr bereit seid, den Zirkus Chnopf zu unterstützen. Dass dem Zirkus unsere Abläufe nicht präsent sind, kann man ihm nicht vorwerfen. Wir kamen zum Schluss, dass jetzt ein Beitrag gerechtfertigt ist, auch wenn eure Kritik gerechtfertigt ist und für das nächste Jahr berücksichtigt werden muss.

Shaibal Roy (GLP): Der Zirkus Chnopf hat sehr wohl Kenntnis der verschiedenen Fördermittel. Er hat das letztes Jahr mit mehrfachen Beantragungen von Fördermitteln bewiesen. Wir sind nicht da, um als Kulturgremium über Einzelanträge zu befinden, deshalb lehnen wir den Antrag ab.

S. -	15 1510 3636 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
020a.	Antrag Stadtrat			0 50 000	0 50 000
				Zustimmung	Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung:	Beitrag Zirkus Chnopf für Unterhalt sowie Planung Zirkusquartier auf dem Kochareal	

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Alan David Sangines (SP):

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 72 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 021. und 022.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Huser (FDP): Aufgrund der Kostentransparenz und der Übersichtlichkeit sollen die Mietkosten für die im Brandfall verloren gegangenen Ateliers, die seitdem im Mediacampus untergebracht sind, wieder als Betrag im Budget der Roten Fabrik ausgewiesen werden.

Felix Moser (Grüne): Für die Mehrheit der RPK ist es transparenter, wenn diese Gelder für den Mediacampus separat ausgewiesen werden. Dann sieht man, was das kostet. Es sind dort sowohl Ersatzateliers für die abgebrannte Fläche untergebracht wie auch Musikübungsräume und weitere Ateliers.

S. 128	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3636 00 483	Rote Fabrik: Mietkosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				1 706 600	Mehrheit
				478 200	2 184 800	Minderheit
						Abwesend
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
						Alan David Sangines (SP)
			Begründung:	Aufgrund der Transparenz wieder als Betrag der Roten Fabrik ausweisen (wie im Budget 2019)		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 022.

Wortmeldungen siehe Antrag 021.

S. 129	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3637 00 899	Übrige Mietkosten private Haushalte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				610 800	Mehrheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

37 / 40

478 200	132 600	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
		Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung: Aufgrund der Transparenz wieder als Betrag der Roten Fabrik ausweisen (wie im Budget 2019)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 023.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): Es geht um den Betrag von 43 000 Franken. Wir wollen nicht, dass diese Dolmetscher als Unselbstständige angestellt werden, wie es die Vorgaben des Human Resources Management (HRZ) sind. Deshalb haben wir die entsprechende Kürzung beantragt, die die 35 000 für Wegpauschalen plus die 8000 Franken für Reise und Verpflegung beinhaltet. Wir bitten um Zustimmung.

Severin Pflüger (FDP): Die Dolmetscher haben einen Tarif, mit dem sie entschädigt werden. Unser Tarif orientiert sich am Tarif des Obergerichts. Dort ist eine Wegpauschale von 75 Franken vorgesehen, was viel mehr Sinn ergibt, als diesen Aufwand in den Stundenansatz einzuberechnen. Die Mehrheit beantragt deshalb die Ablehnung des Antrags.

S. 134	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1530	Bevölkerungsamt				
	3170 00 000	Reisekosten und Spesen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat				105 000	Mehrheit
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			43 000		62 000	Minderheit
						Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
						Abwesend
						Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Keine Einstellung von unselbstständigen Dolmetschern			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 024.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sabine Koch (FDP): *Gemäss Budget 2020 ist die zusätzlich budgetierte Projektleitung lediglich für die Umsetzung von wohnpolitischen Grundlagen zuständig. Wir sind der Meinung, dass diese Aufgaben mit der im Nachtragskredit I 2019 bewilligten Fachstelle für die strategische Leitung des Fachthemas «Gemeinnütziges Wohnen/Wohnbauförderung» bewältigt und erledigt werden können sollten. Interessant ist, dass es in der Antwort auf die Nachfrage geheissen hat, dass der Stellenbeschrieb für diese Projektleitung zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weil sie erst nach Stellenantritt finalisiert wird. Aus der Privatwirtschaft kenne ich so etwas nicht. Dies zeigt einmal mehr, dass nicht klar ist, wofür es diese Person braucht. Für uns ist deshalb die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Projektleitung nicht ausreichend begründet. Aus diesem Grund sind wir für die Streichung von 165 000 Franken und wir bitten Sie um Zustimmung.*

Shaibal Roy (GLP): *Die Mehrheit der RPK ordnet dieser Stelle sehr wohl eine gewisse Funktion zu. Es geht um die komplexe und intensive Projektarbeit, die es zur Umsetzung der wohnpolitischen Grundlagen braucht. Dieser ordnen wir eine hohe Priorität zu. Natürlich erwarten wir entsprechend auch einen Effizienzgewinn im Bereich Digitalisierung. Die städtische Umsetzung und Kontrolle von Art. 49 lit. b PBG sind grosse Themen. Heute ist das Büro Wohnbauförderung mit 4,9 Vollzeitstellen besetzt. Die Leitung steht im Antrag nicht zur Diskussion. Diese ist aber mit einer grossen Aufgabe betraut, sodass es Sinn macht, dass diese von einer Projektstelle unterstützt wird.*

S. 144 20
2000
3010 00 000

FINANZDEPARTEMENT
Finanzdepartement Departementssekretariat
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat			2 863 700 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)

165 000	2 698 700	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
		Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung:	Streichung Stellenerhöhung für die zusätzlich budgetierte Projektleitung, welche lediglich für die Umsetzung der wohnpolitischen Grundlagen benötigt wird. Diese Aufgaben sollten mit der im NK I 2019 bewilligten Fachstelle für die Führung für gemeinnütziges Wohnen und strategische Leitung des Fachthemas «Wohnen/ Wohnbauförderung» bewältigt werden können. Die Notwendigkeit einer Stelle ist nicht ausreichend begründet.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 025. und 026. (Postulat GR Nr. 2019/527).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Andreas Kirstein (AL) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1984/2019): *Wir beantragen mit Budgetantrag und Postulat ein Hilfspaket für die Binnenvertriebenen in Syrien. Mit diesem Antrag und dieser Hilfe vermindern wir, dass aus den Binnenvertriebenen Flüchtliche ausserhalb Syriens werden. Neben dem Geld, das wir dafür einstellen möchten, ist das Augenmerk besonders auf die Verteilung dieses Geld zu richten, damit die Hilfe an den richtigen Stellen ankommt. Ein Teil der offiziellen Hilfsgelder internationaler Organisationen landen via Partnerorganisationen vor Ort leider nicht immer an der richtigen Stelle, manchmal in den Strukturen von Daesh und anderen Jihadisten. Dies wollen wir unbedingt vermeiden. Es gibt in der Schweiz Hilfswerke, die mit den richtigen Partnern vor Ort für ein korrektes Ankommen der Hilfe in Rojava garantieren können, was in dieser unübersichtlichen Situation in Syrien sehr wichtig ist.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir sind gegen den Antrag, aber für das Postulat. Die Begründung zum Postulat wird nachher Përparim Avdili (FDP) übernehmen, ich äussere mich nur zum Antrag. Es sind einerseits prozedurale Gründe, warum wir dagegen sind. Andererseits sind wir auch nicht ganz sicher, ob das, was wir in Nordsyrien wollen, auf diesem Konto richtig beheimatet ist. Ihr wolltet, dass der Stadtrat die humanitäre Nothilfe selbst erledigt und wir das nicht mehr jedesmal im Gemeinderat diskutieren. Jetzt machen wir dem Stadtrat aber diesbezüglich schon Vorschriften mit Postulaten und über Budgetanträge, das dünkt uns nicht richtig. Zudem besteht die Situation der Flüchtlinge schon lange, das ist keine plötzliche Not, worunter wir Nothilfe verstehen und wofür wir die Kompetenzdelegation an den Stadtrat gemacht haben. Deshalb sind wir nicht sicher, ob es am richtigen Ort ist. Entwicklungshilfe ist es aber auch nicht, denn es ist keine stabilisierte Situation, die aufgebaut und entwickelt werden kann. Es ist etwas dazwischen und auf diesem Konto unserer Meinung nach falsch. Auch der Prozess ist*

falsch. In der Sache ist das Anliegen aber richtig, weshalb wir das Postulat auch unterstützen.

Andreas Kirstein (AL): *Ich habe das Postulat eigentlich schon begründet, nehme die Gelegenheit aber gerne wahr, um auf das Votum von Severin Pflüger (FDP) einzugehen. In der jetzigen Situation, in der es zu neuen Vertreibungen in der Grenzregion zur Türkei kommt, handelt es sich um eine massive Notsituation. Auf den Winter hin haben wir eine ganz besonders schwierige Lage. Die Leute werden aus ihren Wohnungen vertrieben, in diesen Wohnungen werden die Leute angesiedelt, die wir in Europa offensichtlich nicht gern als Flüchtlinge hätten. Es wurde bewusst eine enorme Not geschaffen. Unser Beitrag ist ein Tropfen auf den heissen Stein und die ganze Not wäre überhaupt nicht zwingend. Das sind reine Auswirkungen der Grossmachtpolitik, des Versagens der USA und der aggressiven Politik insbesondere der Türkei. Es ist nochmals darauf hinzuweisen, dass bei der Umsetzung sehr sorgfältig vorgegangen wird. Bei den ganz klassischen Partnerorganisationen gibt es deutliche Anzeichen, dass Geld immer wieder in falsche Kanäle gelangt.*

Martin Götzl (SVP) *stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Auslandhilfe steht in der Kompetenz des Bundes und nicht der Gemeinden. Die staatliche Entwicklungs- und Humanitätshilfe der Schweiz beläuft sich auf über drei Milliarden Franken pro Jahr. Der Anstieg auf Bundesebene ist frappant. Zwischen 2006 und 2016 sind die geleisteten Auslands- und Humanitätsgelder um insgesamt 70 Prozent von 2 Milliarden auf 3,5 Milliarden Franken angestiegen. Die Humanität der Schweiz und die damit verbundene aktivistische Entwicklungshilfepolitik steuert in den Jahren 2000 bis 2015 einen staatlichen Bundesbeitrag von 25,5 Milliarden Franken bei. Allein die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat für die Krise in Syrien insgesamt 458 Millionen Franken bereitgestellt. Zielgerichtet sind weniger staatliche und somit zweckentfremdete Steuergelder, sondern private Spenden. Jeder kann individuell entscheiden, wie viel Geld er nach Syrien oder in andere Staaten überweisen will. Pro Jahr spendet jeder Mensch in der Deutschschweiz durchschnittlich 400 Franken. Deshalb soll sich die Stadt Zürich zurückhalten und für solche Zwecke keine Steuergelder einsetzen und Bund und private Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budget-Beratung siehe Sitzung Nr. 80, Beschluss-Nr. 2020/2019).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat